

**Informationsblatt über die Erhebung personenbezogener Daten
gem. Art. 12, 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO),
insbesondere der Kategorie Gesundheit:
Beratungsstelle der Psychosozialen Unterstützung**

(gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a, Art.7 und Art. 9 Abs. 1, 2, lit. a und h, Abs. 3 der DS-GVO)

Stand: 05.12.2023

Verantwortliche Stelle:

Präsidentin oder Präsident, Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS), Schönbergstraße 100, 65199 Wiesbaden,
Tel.: 0611 3256 - 0

Datenschutzbeauftragter:

HöMS, Schönbergstraße 100, 65199 Wiesbaden, datenschutz@hoems.hessen.de,
Tel.: 0611 3256 - 0

Zweck der Erhebung:

- Anlassbezogene Vorbeugung von psychosozialen Belastungen vor deren Eintreten nach für die Beteiligten potenziell kritischen Ereignissen („*sekundäre Prävention*“).
- Beratung bzw. Unterstützung bei einem vorhandenen psychosozialen Problem, welches die oder der Betroffene nicht unmittelbar alleine lösen kann („*tertiäre Prävention*“).

Datenerhebung und Rechtsgrundlage:

- Meine Daten werden mit meiner ausdrücklichen Einwilligung mündlich, schriftlich und/oder elektronisch erhoben.

Art der erhobenen Daten:

- Biografische Daten: Je nach Bedarf werden Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail, Amtsbezeichnung, Dienststelle erhoben.

- Beratungsdaten: Es kann zur Aufzeichnung folgender Daten kommen: Inhalte von Beratungen, Symptomatik/Krankheitsbild, Vorbehandlungen, Empfehlungen.

Datenspeicherung:

- Die Daten werden in einer elektronischen Akte abgelegt.

Zugriffsberechtigungen:

- Es dürfen ausschließlich die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstelle PSU auf die Daten zugreifen.
- Gem. § 20 Abs. 2 Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG) sind besondere Maßnahmen zum Schutz der Daten vor unbefugtem Zugriff zu ergreifen.
- Die Daten werden in einem gesicherten, IT-gestützten Dateisystem gespeichert. Die Rechner sind personenbezogen zusätzlich passwortgeschützt, um den Zugriff vor Unbefugten zu verhindern.

Nach Terminabsprache haben Klientinnen und Klienten das Recht zur Einsichtnahme in ihre gespeicherten Daten (Akte) und können auf Wunsch eine Kopie der Dokumentation erhalten.

Schweigepflicht/Datenübermittlung:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstelle PSU unterliegen der gesetzlichen Schweigepflicht nach § 203 StGB und ggf. zusätzlich der Verschwiegenheitspflicht nach § 37 BeamtStG.

Die Schweigepflicht muss gebrochen werden, um höherwertige Rechtsgüter zu schützen, wenn eine erhebliche Gefahr im Sinne des Polizeirechts von der zu beratenden Person oder einer anderen Person abzuwehren ist (§ 34 StGB Rechtfertigender Notstand oder in Fällen des § 138 StGB Nichtanzeige geplanter Straftaten). Das Legalitätsprinzip (§ 163 StPO) gilt für die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten in der Beratungsstelle PSU grundsätzlich weiter fort. Informationen aus einer psychosoziale Unterstützungsmaßnahme (z.B. Beratungsgespräch) sind so zu behandeln, wie außerdienstlich erlangtes Wissen.

Bei Bedarf werden durch Klientinnen und Klienten angefragte Daten durch die Beratungsstelle PSU ausschließlich persönlich an diese übermittelt. Es sei denn die Klientin oder der Klient beauftragen die Beratungsstelle PSU explizit, die Daten an konkret benannte Dritte zu übermitteln.

Löschfristen:

Die durch die Beratungsstelle PSU angelegten Dokumentationen unterliegen nach Aktenführungserlass (AfE) verschiedenen Löschfristen.

So gilt für „Vorgänge, die ihrer Bedeutung nach keiner längeren Aufbewahrung bedürfen“ eine Löschung nach einem Jahr (AfE, Anlage B.8).

Für „alle Akten und Vorgänge mit besonderer Bedeutung“ gilt eine Lösungsfrist von 10 Jahren (AfE, Anlage B.6), insbesondere bei Dokumentationen im Zusammenhang mit Dienstunfällen (absolute Ausschlussfrist 10 Jahre) und Ermittlungsverfahren.

Eine vorherige Vernichtung kann im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Klientin oder Klient und Beratungsstelle PSU erfolgen.

Physische und elektronische Daten und Akten werden ordnungsgemäß vernichtet.

Meine Rechte als betroffene Person:

Ich habe das Recht

- auf **Widerruf** meiner Einwilligung gem. Art. 7 DS-GVO
- auf **Auskunft** über zu meiner Person gespeicherten Daten gem. Art. 15 DS-GVO,
- auf **die Berichtigung unrichtiger Daten** gem. Art. 16 DS-GVO,
- auf **die Löschung** meiner Daten gem. Art. 17 DS-GVO,
- auf **Einschränkung der Verarbeitung** der Daten gem. Art. 18 DS-GVO,
- auf **Übertragbarkeit** meiner Daten gem. Art. 20 DS-GVO und
- auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung nach Art. 21 DS-GVO.

Meine Einwilligung kann ich schriftlich oder elektronisch bei der dokumentierenden Beratungsstelle PSU **widerrufen** (Beratung.PSU@hoems.hessen.de).

Profiling gem. Art. 22 DS-GVO findet nicht statt.

Ich habe gemäß Art. 77 DS-GVO das Recht **auf Beschwerde** und die Möglichkeit, mich unmittelbar schriftlich oder mündlich an den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit des Landes Hessen zu wenden:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Dienstgebäude:

Gustav-Stresemann-Ring 1

65189 Wiesbaden

Telefon: +49 (0) 611 /1408-0

Postanschrift:

Postfach 3163

65021 Wiesbaden

E-Mail: poststelle@datenschutz.hessen.de

Web: www.datenschutz.hessen.de